

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, 27. Juni 1890.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidehandl. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Bissler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir folglich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns vertragen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt ausserhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Dringender 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermitteln.

Die Redaktion.

C. H. Berlin, 26. Juni.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 26. Juni.

Präsident v. Seckow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Reichskanzler v. Caprivi, Kriegsminister v. Verdy von Vernois, v. Böttcher, v. Matschinn-Giltz u. A.

Die zweite Beratung der Militär-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Payer (Volksp.): Wir werden gegen die Vorlage stimmen, weil wir bei dem Wahlkampf unsern Wählern das Bedürfnis abgelegt haben, daß wir gegen jede Vermehrung der Militärausgaben stimmen werden, wenn nicht gleichzeitig entsprechende Kompensationen dafür gegeben werden. Dieses Bedürfnis werden wir halten. Es ist den verbündeten Regierungen nicht gelungen, uns den Nachweis von der Notwendigkeit der Vorlage zu liefern und namentlich ist uns der Nachweis nicht geführt, daß die Militärausgaben in den anderen Staaten so weit vorgegriffen sind, daß auch wir die Präzedenz unserer Friedensstärke vermehren müssen. Die Vorlage wird angenommen werden, aber nicht aus sachlichen inneren Gründen, sondern aus politischen Gründen. Unsere Meinung ist die, daß die Kosten des Militarismus endlich über die Kräfte unserer Nation hinausgehen werden und wenn der Herr Schatzsekretär gestern behauptet hat, daß wir noch reich genug seien, um diese Kosten ohne Erhöhung der Steuern und der Militärausgaben zu tragen, so ist er den Beweis dafür noch schuldig geblieben. Die Einnahme aus den Grundbesitz, auf die er verwies, ist eine heute schwindende. Wehe aber dem Staate, der zur Beschaffung dieser Ausgaben angewiesen ist, die der Steuer ansehnlich zu erhöhen. Die Finanzpolitik des Reiches hat eine Verwirrung in den Finanzen der Einzelstaaten hervorgerufen, welche die Finanzminister zwingt, fortwährend auf neue Steuern zu setzen. Die Erklärungen des Kriegsministers haben uns nicht beruhigen können und wir müssen auch mit diesen Erklärungen rechnen. Auch wir dies, so müssen wir diese Vorlage für den ersten Schritt zu den Zukunftsplänen der Regierung betrachten. Im Interesse der Militärverwaltung und der Bevölkerung wäre es besser gewesen, diese Pläne nicht vorzulegen. Bei uns kommt der Militärstaat jetzt bei jedem Anlaß mehr und mehr zum Durchbruch. Ich weiß nicht, woher der Herr General Vogel von Falckenstein seine Kenntnis von den Ernährungszuständen der Zivilisten in den einzelnen Bundesstaaten genommen hat. Wenn es aber Bundesbeschlüsse gibt, in denen so traurige Verhältnisse feststehen, wie der Herr General feststellt, so ist es um so unverantwortlicher, die Verbesserung der notwendigen Lebensbedürfnisse noch ferner aufrecht zu erhalten. In dem Kommissionsbericht sieht von den Ausführungen des Herrn Generals nichts, aber die mündliche Ueberlieferung wird dieselben der Nachwelt aufbewahren. Wir stimmen gegen die Vorlage, wenn uns die geforderten Kompensationen nicht gegeben werden. Wenn man bedenkt, wie das Parlament von Jahr zu Jahr in seinen Rechten zurückgebrängt worden ist, so kann doch von einer Macht- oder Kräftigung bei unsen Forderungen nicht geredet werden. Hat doch Herr v. Bennigsen selbst in der Kommission erklärt, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die populäre Maßregel wäre, die dem Volke geboten werden könnte. Die Resolutionen Windthorst

haben keine Bedeutung, wir werden uns mit denselben aber erst nach der Abstimmung über das Gesetz zu befassen haben. Wenn man von uns verlangt, daß wir für dieselben stimmen sollen, so hätte Herr v. Bennigsen nicht, wenn auch nur verdeckt, für die dreijährige Dienstzeit plädieren sollen. (Sehr richtig!) Weil es sich nicht um uns, sondern gerade um unsere Wähler, um diejenigen, die uns hierhergeschickt, handelt, so haben wir die Verpflichtung, gegen diese Vorlage zu stimmen. Unsere Kraft beruht ausschließlich in dem Vertrauen der Bevölkerung zu uns und wenn wir dieses Vertrauen nicht rechtfertigen, so wird unsere Widerstandsfähigkeit gegen die Forderungen der Regierung immer mehr geschwächt werden. Das Zentrum hätte alle Veranlassung, sich dieses Vertrauen durch einen energischen Schritt zu erhalten. Man kann es dem Volke und uns nicht verübeln, wenn wir annehmen, daß es sich einmal an der Zeit ist, mit dem System, welches in der Vorlage wieder zum Ausdruck kommt, endlich ein Ende zu machen.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Der deutsche Reichstag muß bei Beurteilung der vorliegenden Frage von andern Gesichtspunkten ausgehen, als der Bundesrat es getan. Bei der ersten Lesung der Vorlage hatte ich die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselbe mit großer Majorität angenommen werden würde. Selbst die Ausführungen des freisinnigen Redners ließen dies erhoffen. Diese Anschauung hat sich indessen geändert, nachdem die Erklärungen des Kriegsministers in der Kommission über die weiteren Pläne der Militärverwaltung eine zweifelhafte Beforgnis im Volke hervorgerufen hatte, die in der unerbörtesten Weise von der Presse und zwar einer gewissen Parteidresse geschürt worden ist. Die Lage ist dadurch eine gewisse Zeit lang eine unruhige geblieben, obwohl durch die späteren Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Kriegsministers klar nachgewiesen wurde, daß die Vorlage lediglich bedingt sei durch die Wählungen Russlands und namentlich Frankreichs und von den Zukunftsplänen ganz abgesehen werden kann. Nun wurden in der Kommission, wie auch hier im Plenum die Anträge der freisinnigen Partei durch den Abg. Dr. Hamburger gestellt, welche indessen nichts weiter bedeuten, als eine Ablehnung. Hat ja auch der Abg. Richter offen erklärt, er werde die Vorlage auch mit diesen Anträgen ablehnen. Die Haltung der freisinnigen Partei ist in dieser Frage ganz gleichgültig, da nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Anträge Hamburger für die verbündeten Regierungen einfach unannehmbar sind. Von diesem Verhalten der freisinnigen Partei unterscheidet sich das Verhalten des Zentrums in einer sehr vortheilhaften Weise. (Heiterkeit links.) Es handelt sich in diesem Augenblicke nur darum, zu einer Verständigung mit den verbündeten Regierungen zu kommen, und dazu hat das Zentrum wesentlich beigetragen. (Auf links: Kartellpartei!) Was nun die gegen die Vorlage geltend gemachten Einwände anbelangt, so hat der Herr Schatzsekretär bereits gegenüber den finanziellen Einwendungen nachgewiesen, daß die erforderlichen 60 Millionen, die nicht die Militärvorlage allein bedingt, vorhanden seien in der Summe, um welche die Ueberweisungen des Reiches an die Einzelstaaten die Militärausgaben übersteigen. Die vom Abg. Richter angestellten Vergleiche der Belastung in Deutschland pro Kopf gegenüber Frankreich und England sind nicht zutreffend gewesen, vielmehr ist es andererseits nachgewiesen, daß die Belastung in den genannten Ländern eine höhere, als bei uns in Deutschland, was noch weit klarer durch den Hinweis darauf sich ergibt, daß in den Einzelstaaten die aufgenommenen Anleihen vollkommen gedeckt sind. Trotzdem aber liegt es im dringendsten Interesse der Militärverwaltung, wo nur irgend möglich die größte Sparsamkeit abzuhalten zu lassen. Das ist ein Anspruch, den wir bei Bewilligung dieser Vorlage erhalten können mit Rücksicht darauf, daß es der Militärverwaltung daran gelegen sein muß, den guten Willen der Volksvertretung zu erhalten. Von diesem Standpunkte aus ist auch das Entgegenkommen der Militärverwaltung in Betreff der Vermehrung der Beurlaubungen dankbar anzuerkennen. Abgesehen von diesen finanziellen Gesichtspunkten ist nun überzeugend nachgewiesen, daß die Vorlage notwendig ist durch die Veränderungen in den Wählungen in Russland und Frankreich, namentlich im letzteren seit dem Jahre 1887. Diese Wählungen erfordern mit Notwendigkeit, die Wählungen Deutschlands damit einigermaßen auszugleichen. Dem Abgeordneten Bebel, der die Wählungen Russlands so geringfügig behandelt, möchte ich einmal raten, nach Russland zu reisen und sich dieselben näher anzusehen. (Heiterkeit links.) Da lassen sie ihn nicht wieder heraus! Nun denn infolgedessen, er würde dann sehen, daß die Wählungen sehr bedeutend sind. Zu dem Gesetze sind nun verschiedene Forderungen gestellt und zwar zunächst die konstitutionelle der einjährigen Bewilligung. Ich kann nun nicht begreifen, wie man mitten im Septennat eine solche Forderung stellen kann, während man selbst bei Festlegung des Septennats nur eine dreijährige Bewilligung forderte. Eine derartige tiefgreifende Veränderung der ganzen Organisation des Militärs, wie sie in der Forderung der zweijährigen Dienstzeit liegt, mit dieser Vorlage in Verbindung bringen zu wollen, ist aber vollständig unzulässig. Der Reichstag kann die Verantwortlichkeit für eine derartige Aenderung nicht übernehmen. Wenn irgend etwas geeignet ist, einen Konflikt mit der Regierung hervorzuheben, so ist es diese Frage. Diese tiefgreifende Veränderung der Dienstzeit kann nur aus der Initiative der Regierung hervorgehen. Ich kann hier nicht unterlassen zu betonen: in Deutschland ist die Maßregel der zweijährigen Dienstzeit eine unerbört populäre, nicht allein in den untersten Schichten der Bevölkerung, sondern auch in den mittleren und höheren. Man hält die zweijährige Dienstzeit für eine wesentliche Erleichterung. Ich würde sehr eifrig sein, wenn die Militärverwaltung nach sorgfältiger Prüfung sich überzeugen könnte, daß die Maßregel schließlich mehr nützen, als schaden würde. Die Herstellung einer gleichmäßigen Wehrkraft in Deutschland ist nicht bloß eine Forderung der verbündeten Regierungen, sondern eine solche, welche die Nation an die Regierung stellt. Ich hoffe, daß der Tag niemals kommen wird in Deutschland, wo wir den Freunden und den Feinden das Schauspiel geben, daß wir aus innerer Zerrissen-

heit nicht dahin kommen, unsere Wehrkraft auf der erforderlichen Höhe zu erhalten und zu einer Verhängung mit der Regierung darüber zu gelangen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Hinz (fr.) weist zunächst bei der freisinnigen Partei gemachten Vorwurf zurück, daß sie ihre Stellung der Vorlage gegenüber geändert habe und verweist alsdann auf die Entwürfe und Erfindungen, welche seiner Zeit durch die Kartellpresse veröffentlicht worden seien, um das Septennat durchzubringen. (Sehr richtig links.) Die freisinnigen Zeitungen hätten dieser Vorlage gegenüber nur behauptet, was sich nach der Vorlage, an welcher die Regierung festhalte, für die Zukunft ergeben müsse. Die Forderungen der freisinnigen Partei seien nur eingebracht worden, weil man die Vorlage als den ersten Schritt zur fortwährenden Steigerung der Friedenspräsenzstärke gehalten habe. Somit sei der gegenwärtige Zeitpunkt als der geeignetste erachtet worden, um die notwendigen Erleichterungen herbeizuführen. Der wichtigste Punkt der Forderungen sei die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Daß sie eingeführt werden könne, sei auch von der Militärverwaltung nicht bestritten worden; nur der gegenwärtige Zeitpunkt sei nicht als zulässig dazu bezeichnet worden. Er aber sei der Ansicht, daß mit der Einführung gegenwärtig sehr wohl vorgegangen werden könne. Man werde ein, die neue Schußwaffe lasse die zweijährige Dienstzeit nicht zu, aber die Bestimmungen der neuen Schießvorrichtungen befragen im Gegenteil, daß der Soldat schon nach dem ersten Jahre ein ausgebildeter Schütze sei. Seine Erfahrungen beruhen auf einer langjährigen Dienstpraxis. Was die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel in Bezug auf die Behandlung von Soldaten anbelange, so habe der Kriegsminister dieselben gestern mit Recht scharf zurückgewiesen. Indessen sei auf dem Gebiete der Disziplin doch noch nicht Alles so, wie es sein solle und bitte er deshalb die Militärverwaltung, die Handhabung der Disziplin noch milder üben zu lassen, als dies bisher schon geschehen sei. Was wir als Muth und Kraft in der Armee bezeugen, brauche seiner Ueberzeugung nach nicht noch gesteigert werden. Er empfehle die Annahme des Antrages Hamburger, um dem Volke zu zeigen, daß es der freisinnigen Partei mit dieser Forderung ernst sei. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Verdy erwidert dem Vorredner, daß auf die intellektuelle Ausbildung der Mannschaften schon heute großer Werth gelegt werde.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Daß die zweijährige Dienstzeit eine populäre Forderung sei, gebe ich zu. Das Land versteht aber darunter auch etwas Anderes, als die freisinnige Partei. Durch ihre Anträge wird das Land, welches in der zweijährigen Dienstzeit eine finanzielle und persönliche Erleichterung erblickt, um 20 Millionen an Mehrausgaben belastet und das müssen die Steuerzahler wissen. Die Notwendigkeit der Vorlage ist nunmehr von der sozialdemokratischen und freisinnigen Partei bestritten worden. Augenblicklich liegt ja der politische Himmel ganz klar und wolkenlos aus. Fürst Bismarck hat nun hier im Reichstage wiederholt erzählt, wie sehr er von dem Kriege mit Frankreich überrascht worden sei. Wenn dies einem so weitsichtigen Staatsmann passiren konnte, so haben wir alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß es uns nicht ähnlich ergeht. Durch die zweijährige Dienstzeit wird meiner Ansicht nach die Qualität der Armee erheblich verschlechtert und den Ausführungen der freisinnigen Partei gegenüber ist die staatsmännische Haltung des Abg. Windthorst doch eine besonders anerkennenswerthe. Aber auch die Haltung der Polen, welche trotz der vielen Verdrüssungen, die sie erleiden, für die Vorlage stimmen werden, ist vornehm und lokal und ich zweifle, daß die freisinnige Partei nicht um das Gefühl, welches sie bei solchen Erklärungen beschleichen muß. (Heiterkeit links.) Ich hoffe auf Annahme der Vorlage im Interesse der Freiheit und Machtstellung des Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (natl.) erklärt, daß er sich sowohl bei der ersten, wie bei der zweiten Lesung vergeblich bemüht habe, zum Worte zu kommen. Er werde trotzdem für die Vorlage und die Resolutionen Windthorst stimmen und in der dritten Lesung wiederkommen.

Abg. Werner (Antifem.) giebt eine ähnliche Erklärung namens seiner Fraktion ab. Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Abg. Dr. Hamburger (fr.), in der Vorlage § 1 statt: „bis zum 31. März 1891“ zu setzen: „bis zum 31. März 1891“ wird abgelehnt. Dafür stimmen nur die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei und Wesen und etwa 6 Mitglieder des Zentrums.

In derselben Weise wird der Antrag Hamburger auf einjährige Bewilligung abgelehnt.

Die Abstimmung über den unveränderten § 1 der Vorlage ist eine namentliche.

Gegen § 1 stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei, Hannoveraner und vom Zentrum die bayerischen Abgeordneten: Haberland, Kirchhammer, Lehner, Wäber (Landshut), Dreyer, Pezold, Reichert, Dr. Schädel, Richter, Riehl, Wurlen, Leonhard, Dr. Stöhr, Wagner, Wilsperger, Weber, sowie die beiden Wendenberg und Schüttgen.

Der Abstimmung enthält sich der Abg. Frey.

v. Hatz (Wesf.).

Für § 1 stimmen Konservativ, Reichspartei und Nationalliberale geschlossen, ebenso das Zentrum, mit Ausnahme der vorstehend genannten Abgeordneten, die Polen, Estländer und Antifemiten.

Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme des § 1 mit 211 gegen 128 Stimmen.

Ueber den vom Abg. Dr. v. Bamberger und Gen. beantragten § 1a, betr. die gefällige Einführung der zweijährigen Dienstzeit, wird ebenfalls namentlich abgestimmt.

Für diesen Paragraphen stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei, Hannoveraner und außer den vorstehend genannten Mitgliedern des Zentrums Fischer, Eiser, Graf, sowie die Liberalen Kangerfeld, Thomßen und Wisler.

Das Resultat der Abstimmung ist die Ablehnung des Antrages mit 205 gegen 134 Stimmen.

Bei der demnächst vorgenommenen Abstimmung über die von der Kommission vorgeschlagenen

nen Resolutionen wird die erste derselben (Abstandnahme von der Verfolgung der Zukunftspläne) mit großer Majorität angenommen.

Die Abstimmung über die Resolution 2 (das Etatsjahr als Bewilligungsfrist für die Friedenspräsenzstärke zur Geltung zu bringen) ist zweifelhaft, da außer den Konservativen, Reichspartei und Nationalliberalen auch ein großer Theil der Sozialdemokraten dagegen stimmt. Das Resultat der Zählung ergibt die Annahme der Resolution mit 176 gegen 104 Stimmen.

Die beiden anderen Resolutionen (Vermehrung der Dispositions-Beurlaubungen und Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen) werden angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne weitere Diskussion angenommen, womit die zweite Lesung beendet ist.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Gewerbegebiete.

Deutschland.

Berlin, 26. Juni. Dem kaiserlichen Botschafter in London, Grafen v. Hatzfeld-Wildenburg ist der hohe Orden vom Schwarzen Adler verliehen worden. Da Graf Hatzfeld seit Jahren das Reich in den hervorragendsten Stellen vertreten durfte, kann diese hohe Auszeichnung nicht überraschen; den äußeren Anlaß derselben darf man wohl, wie bei der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den Herrn Reichskanzler, in dem Abschlusse des deutsch-britischen Abkommens erblicken.

Die Kaiserin Friedrich trat in Begleitung ihrer beiden Töchter, der Prinzessinnen Viktoria und Margarethe heute Mittag mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Bahnhof Friedrichstraße aus ihre Reise nach London über Wilsingen an. Gegen 12 Uhr betrat Graf Sodenborn mit mehreren Herren des Hofes den Perron. Kurz darauf erschien die Kaiserin in schwarzer Wittwenracht, die Prinzessin Braut Viktoria in grauer Kleidung und Prinzessin Margarethe in grauem Kleide mit schwarzem Jaquet. Die Kaiserin und ihre Töchter trugen blühend aus und waren heiterster Laune. Die Kaiserin, von dem zahlreich versammelten Publikum aufs eifrigste begrüßt, dankte mit ihrem gewinnenden freundlichen Lächeln und verabschiedete sich von den anwesenden Damen und Herren des Hofes, die ihr bis zum Bahnhof das Geleit gegeben. Unter dem Publikum sah man viele Damen mit Bouquets, Rosen und prachtvollen Blumenkörben, welche die künftigen Spenden der Kaiserin überreichten. Um zwölf Uhr setzte sich der Zug, in den zwei Solomagen, einer für die Kaiserin und ihre Töchter, der andere für die Diener, auf die Reise. Die Diener waren für die Dienerschaft eingefügt waren, in Bewegung.

Nach einer telegraphischen Meldung der „A. R.-S.“ aus Petersburg tritt Kaiser Alexander in den nächsten Tagen mit seiner Familie eine Erholungsreise in die finnischen Schären an und wird etwa zehn bis vierzehn Tage dort verweilen.

Der Redakteur Sommer von der Dresdener „Sächsl. Arbeiterztg.“ wurde vor einigen Wochen vom Schöffengericht wegen groben Unfugs zu 8 Wochen Haft verurtheilt, weil er in einem Bericht über eine andere vorausgegangene Schöffengerichtssitzung, in welcher er ebenfalls als Angeklagter fungierte, die Namen der Schöffen und deren Stand und Wohnung angegeben hatte. Einer Kritik hatte Sommer jenes frühere Urtheil in keiner Weise unterzogen. Dennoch erblickte der Gerichtshof in dieser Angabe der genauen Adresse eines Vorortverfasser, den er mit jener hohen Haftstrafe andern zu müssen glaubte. Die von Seiten des Verurtheilten eingelegte Berufung wurde vor einigen Tagen, wie das „Leipziger Tageblatt“ berichtet, vom Landgericht verworfen.

Am Montag findet hier auf Veranlassung des Reichsversicherungsamtes in demselben eine Besprechung der Landesdirektoren und sonstigen Vorstehenden der zur Ausführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Versicherungsanstalten statt, bei welcher über Gleichmässigkeit der Organisation und Durchführung dieser Versicherung, insbesondere auch über die im „Reichs Anzeiger“ kürzlich veröffentlichten „Vorschläge zur Aufstellung von Statuten für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Anstalten“ verhandelt werden dürfte.

Die genannte Kommission des Reichstags für die Vorberathung der Novelle zum Strafrechtsgesetz (§§ 276, 317, 360 Nr. 4, 364 und 367 Nr. 5) beriet in ihrer heutigen Sitzung unter Theilnahme mehrerer Kommissarien der verbündeten Regierungen unter Auslegung der Generaldiskussion zunächst über den Artikel 1 der Regierungsvorlage, welcher dem § 276 des Strafrechtsgesetzes folgende Fassung geben will: Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher wissenschaftlich schon einmal verwendete Post- oder Telegraphen-Vertheilung nach gänzlicher oder theilweiser Entfernung des Entwurfes der Strafe zur Frankirung benutzt. Neben dieser Strafe ist die etwa wegen Entziehung der Post- oder Telegraphengebühren begründete Strafe verwirkt.“ Nach eingehender Diskussion, an welcher sich vorzugsweise die Abg. Horowitz, Pajon, Mintelen und die Regierungskommissare betheiligt hatten, wurde Art. 1 in der Fassung der Vorlage mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Der Fürst von Waldeck und Pyrmont hat dem „Zentralkomitee zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten v. Bismarck in der Reichshauptstadt“ einen Beitrag von 300 Mark überwiesen.

Kiel, 26. Juni. Se. Majestät der Kaiser wohnte heute Vormittag auf der Stationswache der Segelregatta des Marinerregatta-Vereins bei, an welcher 67 Segelboote theilnahmen; 18 starteten um den Kaiser-Wanderpreis. Nach der Regatta wird Seine Majestät der Kaiser sich an Bord der Kreuzer-Korvette „Irene“ begeben.

Nach, 26. Juni. Das hiesige Zweigkomitee überwieb dem „Zentralkomitee zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten v. Bismarck in der Reichshauptstadt“ als erste Rate 6500 Mark.

Wiesbaden, 26. Juni. Se. Hoheit der Erzbischof von Mainz ist ohne Gemahl am 11 Uhr hier eingetroffen. Dr. Meizer erklärte

nach genauer Untersuchung, daß er durch eine Masjagur das Leben beseitigen zu können hoffe. Der Prinz empfindet Schmerzen beim Atmen; im Uebrigen ist sein Befinden nicht so ungünstig, wie es vielfach geschwiebert wurde. Professor Gerbard konsultirte allerdings eine Affektion der Milz. Der Prinz wollte von Anfang an eine Masjagur, die ihm keineswegs antipathisch ist. Der hiesige Aufenthalt wird einige Wochen dauern.

Sigmaringen, 26. Juni. Der Kultusminister von Württemberg begab sich gestern nach der Abtei Beuron und folgte einer Einladung des Erzbischofs Wolter zum Mittagessen mit den Benediktinern.

München, 26. Juni. Freiherr von Ruy hat trotz häufiger Anwendung von Morphinum in der vergangenen Nacht nur wenig Schlaf gehabt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Juni. (W. T. Z.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Statthalters von Ober-Oesterreich Grafen von Werdt zum Statthalter von Tirol und Vorarlberg unter Verleihung der Würde eines Geheimraths, und des Hofraths Freiherrn von Butsch von der Statthalterei in Innsbruck zum Statthalter von Ober-Oesterreich.

Wien, 26. Juni. (W. T. Z.) Die Journale besprechen die zehnjährige Ministerthätigkeit des Finanzministers von Danajewski und des Ministers für Landesverteidigung, Grafen Bellerseimb, und heben die außerordentliche Beförderung der österreichischen Finanzen als Verdienst Danajewski's hervor. Während der zehnjährigen Thätigkeit desselben seien fast 260 Millionen für Investitionen und exceptionelle Anlagen verausgabt und Reformen auf fast allen ökonomischen Gebieten durchgeführt worden. Ferner sei ein Ueberfluß im Budget erzielt und die Herstellung der Valuta in Angriff genommen worden. Danajewski sei es ferner zu verdanken, daß Oesterreich die schweren Ausgaben für militärische Zwecke zu tragen vermöge. Graf Bellerseimb habe die einheitliche Organisation der Landwehr durchgeführt, deren Mobilisierfähigkeit erhöht und es so erreicht, daß die Landwehr als ein Bestandtheil der Armee ins Feld rücken kann. Endlich sei der Landsturm während seiner Ministerthätigkeit ins Leben gerufen worden.

Belgien.

Brüssel, 24. Juni. Am Sonntag, den 10. August dieses Jahres, wird die belgische Hauptstadt wiederum der Schauplatz einer eigenartigen Straßenumgebung sein. Aus ganz Belgien werden an diesem Tage die Arbeiter nach Brüssel aufzuziehen, um mittelst eines gewaltigen Straßenaufzuges unter den Klängen der Marschmusik das allgemeine Stimmrecht zu fordern. Die sozialistischen kooperativen Genossenschaften stellen die Mittel zur Verfügung, um die weniger bemittelten Arbeiter nach Brüssel zu befördern. Im ganzen Dneeggau wird von allen Arbeitern fünf Monate gesparrt — und die schon seit Jahresfrist erhöhten Löhne gestatten es —, um Reisekosten und Aufenthalt in Brüssel bestreiten zu können. Der Generalrath der Arbeiterpartei und die Leiter der Provinzialverbände haben es übernommen, den Aufmarsch der Arbeiter in die Wege zu leiten. Auch die übrigen kapitalen und sozialistischen Vereine des Landes haben ihre Theilnahme an dieser Kundgebung zugesagt. Zahlreiche deutsche Blätter berichten aus Brüssel, daß der Oberredakteur der Zeitung „Nation“, Herr Abbelet Arnould, zum Justizminister des Kongoflaates ernannt werden wird. Diese Nachricht erklärt heute Herr Arnould selbst für eine Erfindung.

Italien.

Rom, 26. Juni. Das Journal „Popolo Romano“ schreibt zur Lage der Kommune, das Terrain sei jetzt frei, die ganze Verantwortung für die Lösung der Romfrage lasse allein auf der Regierung. — In Ferrara sind neue Unruhen ausgebrochen. Die Arbeiter verweigerten und verbrannten das Gebäude des Bürgerklubs, zahlreiches Militär ist dorthin abgegangen.

Rom, 26. Juni. (W. T. Z.) Wie aus Favara (Provinz Siracusa) gemeldet wird, kam es dort am Sonntag zwischen etwa 3000 Arbeitern der dortigen Schmelzgrube, welche wegen der Lohnfrage und der Arbeitszeit die Arbeit eingestellt hatten, und der Polizei zu einem Handgemenge, bei welchem drei Gendarmen und ein Unterleutnant verwundet wurden. Die streikenden Arbeiter steckten das Gebäude des Bürgerklubs in Brand; etwa fünfzig Männer und Frauen wurden verhaftet.

Rom, 26. Juni. (W. T. Z.) Der Papst hielt heute Vormittag ein öffentliches Konfitorium ab, in welchem er den neu ernannten Kardinalen Mermillo und Gallati den Kardinalsbischof überreichte. In einem sich daran anschließenden geheimen Konfitorium hat der Papst unter anderen Prälaten den Bischof von Gorkel von Paderborn präkonisirt.

Spanien und Portugal.

Madrid, 20. Juni. Als vor einigen Jahren gelegentlich der Untersuchungen über das spanische Banditenwesen die Beweise dafür erbracht wurden, daß dasselbe seine wohlhabendsten Beschützer selbst in den höchsten Verwaltungskreisen habe, schüttelte man im Auslande ungläubig darüber den Kopf. Nun, der Straßenraub ist in Spanien seit einigen Jahren auf ein Maß zurückgeführt worden, das ungefähr dem entspricht, welches dieser Zweig des Verbrechens in anderen Ländern Südeuropas aufweist. Eine andere Art von Banditenwesen ist indessen seit der Einschränkung der Herrschaft der Straßenräuber zu einer Entwicklung gelangt, die nachgerade die ganze Bevölkerung in Aufregung versetzt, und zwar um so mehr, als die Regierung sich völlig unfähig erweist, dem Uebel zu steuern. „Unregelmäßigkeiten“, die beschönigende Bezeichnung für Unterschlagungen öffentlicher Gelder, Verwahrung der Staatspapiere u. dergleichen freilich in diesem ganzen Jahrhundert zu den Eigentümlichkeiten, die man unter dem positiven Begriff „Cosa de Espana“ zusammenfaßt, und denen man als bekannten und gewissermaßen berechtigten Erscheinungen kaum noch Beachtung schenkt. Es setzt auch Niemand in Erfahrung, daß die Gerichte in den seltensten Fällen die eigentlichen Urheber der „Unregelmäßigkeiten“ ermitteln

